

Siebenbürger Wochenblatt.

Mit allergnädigster Bewilligung.

Nro 25.

Kronstadt, den 27. März

1842.

Siebenbürgen.

Landtags-Nachrichten.

Beendigung der am 4. und 5. März vielfältig besprochenen Gegenstände. — Hinsichtlich auf den Punkt im k. Hofrescripte, wo in Betreff der gewählten und der k. Bestätigung unterliegenden Beamten gesagt wird, daß die Stände im J. 1753 diejenige Verordnung von 1752 angenommen hätten, nach welcher die neugewählten Beamten bis zur herabgelangten allerhöchsten Bestätigung ihre Aemter nicht antreten, sondern die Aemter, die schon ihre Amtsjahre vollbracht hätten, ihre Amtirung weiter fortsetzen sollten, soll angeführt und gezeigt werden: Die Stände hätten in ihrem Berichte von 1753 jene Verordnung von 1752 nicht angenommen, sondern damals ihre Dankerkennlichkeit nur darüber ausgesprochen, daß Se. Majestät ihnen das Wahlrecht auch für die Zukunft zugesichert habe, und sie hätten am Ende dieses Berichtes mit deutlichen Worten gesagt, daß sie wünschten sich des freien Wahlrechts auch fernerhin immer bedienen zu dürfen, wie aus den Worten erhelle: „Ne electio communitatibus indulta, quae solius et unicae personae est, in candidature, et confirmatio — — quam sola Majestas Vestra Sacratissima sibi benigne reservare dignata est, trans-eat in electionem.“

Hinsichtlich des Punktes im k. Hofrescripte, der sich auf die edle sächsische Nation bezieht und wo es heißt, daß sich Se. Majestät an den 61. Gesekartikel von 1811 zu halten wünsche, in welchem in Vorschlag gebracht wurde, daß die der edlen sächsischen Nation im J. 1804 gegebenen Regulativpunkte in das Landes-gesetzbuch eingetragen würden, beharren die Stände auf dem im vorigen Landtag betreff dieses Gegenstandes gefaßten Abschluß; während sie hiebei in tiefer Ehrfurcht die Meinung beischließen zu dürfen wünschen, daß sie diesen Gegenstand der Regulativpunkte noch nicht als gesetzlich beendigt betrachten können, denn der obangeführte Gesekentwurf war nur ein Vorschlag und ist nicht als vollkommen bestätigtes Gesetz zu betrachten, und aus einem bloß in Vorschlag gebrachten aber noch nicht in verfassungsmäßiger Ordnung bestätigten Gesekentwurf kann keine gesetzliche Verbindlichkeit hergeleitet werden.

In Beziehung auf das Versprechen Sr. Majestät, daß den k. freien und Landstädten, so auch andern privilegirten Ortschaften, wenn sie ihre Beschwerden im ordentlichen Wege unterlegten, diesen abgeholfen werden sollte, soll im Berichte bemerkt werden: daß man diesem gnädigen Versprechen Sr. Majestät gemäß zur Abhilfe solcher Beschwerden bereit sei. Inzwischen soll in Betreff der Worte des diesen Gegenstand betreffenden Rescriptes: „Actualium usum usque novae legis provisionem“ ic. ausdrücklich bemerkt werden, daß die Stände den Ausdruck „Actualis usus“ nur in dem Sinne annehmen können, in wie weit dieser bestehende Gebrauch mit den Gesetzen und mit den Privilegien dieser Orte zusammen bestehen kann, und daß die Stände sich nur an diesen Grundsatz bis zur Einführung eines neuen Gesetzes halten können.

Was die zweite Hauptfrage anbetrifft: ob es nämlich auch nöthig sei, ein neues Gesetz zu entwerfen? so haben sich die Stände in ihrem Abschluß dahin vereinigt, daß, wenn sie ohne die geringste Verkürzung ihrer Nationalrechte ein neues Gesetz entwürfen, dieses zur k. Bestätigung mit der unterthänigsten Bitte unterbreitet werden sollte, daß Se. Majestät diese Bestätigung noch während dieses Landtags herabzusenden geruhen wolle. Inzwischen solle ausdrücklich im Berichte erklärt werden, es thäten die Stände dieses nicht deswegen, weil sie die diesen Gegenstand betreffenden Gesetze für dunkel und unbestimmt hielten, unter welchen ganz vorzüglich der 12. Artikel 1791 vom vorigen höchstseligen Kaiser noch im J. 1811 herabgeschickt und wie aus dem damaligen Landtagsprotocoll pag. 336 und aus dem 19. Punkt des dazu gehörigen k. Hofrescriptes erhelle, deutlich als ein solches Gesetz ausgesprochen worden sei, das keiner weiteren Erklärung bedürfe; sondern nur durch die Umstände seien sie dazu bewogen, vor jetzt einen neuen Gesekentwurf zu machen, denn sie sähen sich durch dieses k. Hofrescript wie aufgefordert, ihre die freie Amtswahl betreffende Rechte auf unumstößliche Grundsätze zurückzuführen und nachdem sie mit schmerzlichem Gesühle erfahren hätten, daß bis dahin ihrem in Gesetz und Gerechtigkeit gegründeten Gesuche, wie sie es gewünscht hätten, nicht willfahrt worden, so wünschten sie jetzt in den Schranken der gesetzgebenden Gewalt

ihre Recht der freien Amtswahl begründen zu können. Sollten die Stände inzwischen auf diesem Wege der Gesetzgebung ihren Endzweck nicht erreichen, so werden sich dieselben an die auch bis dahin schon bestehenden deutlichen Gesetze halten. Bei dieser Gelegenheit brachte Johann Keller, der Deputirte von Udvarhely die Beschwerde seiner Comittenten zur Sprache, daß sie dem in der Szekler Verfassung und in ihren besondern Privilegien begründeten Rechte gemäß, und bei dem Wunsche, womit die Rechte beider Religionen emporgehalten würden, noch am 5. April 1837 eine neue Wahl zum Oberrichteramt vorgenommen, nach dem 8. Punkte des Leopoldinischen Diplom diese der allerhöchsten Bestätigung unterbreitet, aber zur großen Verkürzung der Rechte der Stadt diese Bestätigung bis noch nicht erhalten hätten. Auch der Deputirte von Karlsburg Samuel Fogarasi brachte die Beschwerde vor: seine Comittenten hätten das Recht alle zwei Jahre eine neue Amtswahl vorzunehmen, aber nach erfolgter Bestätigung des Oberrichters im Jahre 1830 seien alle ihre Wahlen vernichtet worden, und so habe seit 1833 immer eine und die nämliche Person unter dem Titel eines Substituirten das Amt des Oberrichters bekleidet, das nach den Grundsätzen ihrer städtischen Verfassung selbst nach k. Bestätigung nur zwei Jahre hindurch geführt werden dürfe. Beide Deputirten baten also, daß diese Beschwerden ihrer Comittenten nach Vorschrift des 11. Artikels von 1791 gegenwärtigem der Berathschlagung unterliegendem Hofberichte um so vielmehr auch mitunterbreitet werden sollten, weil die Stände im Hofrescripte selbst und zwar da, wo von den Städten die Rede ist, hierzu aufgefordert würden. Ihr Gesuch wurde aufgenommen und ihre Beschwerden werden, um ihnen Abhilfe zu verschaffen, dem in Berathung gestandenen Berichte beigegeben werden.

Der Deputirte des Küküllöer Comitats Johann Pálffy, so auch sein Mitdeputirter Graf Wolfgang Bethlen, brachten die Beschwerde vor, daß ihr jetziger Obergespan Graf Ignaz Haller von Hallerks in oftmaliger Uebertretung des Gesetzes seit neun Jahren keine neue Amtswahlen verstatet und auch andere widerrechtliche Eingriffe sich erlaubt habe. Sie baten also die Stände, auch diese ihre Beschwerde dem Berichte beizuschließen und in ihren Namen das unterthänigste Ansuchen zu stellen, womit Se. Majestät den Titelherrn Obergespan aus dem Küküllöer Comitats weiter zu promoviren geruhen möchten. — Die Stände waren der Meinung, diese Beschwerde könne in dem vorliegenden Berichte nicht aufgenommen, sondern sie soll der systematischen Deputation zur weitem Untersuchung und Berichterstattung übergeben werden. — Das Nämliche geschah auch in Betreff der vom Deputirten des Fogarascher Distrikts Grafen Ladislaus Teleki, gegen den Ober-Capitän Baron Karl Bruckenthal vorgebrachten Be-

schwerden, die sich auch hauptsächlich auf gesetzliche Erneuerung der Amtswahlen bezogen.

In der am 14. März abgehaltenen 50. Sitzung eröffnete der Stände-Präsident, daß Se. Majestät den neu ernannten Beisitzer der k. Tafel Baron Karl Apor, zum Regalisten zu ernennen geruhet habe, welchen sonach die Stände gleich mit Vivatrufen in ihre Mitte aufnahmen.

In der am 16. März abgehaltenen 51. Sitzung wurde der in Betreff der ungarischen Sprache verfaßte und ins Reine geschriebene Bericht sammt dem Gesetzentwurf darüber aufs Neue abgelesen und nachdem ihn die drei Nationen unterschrieben und mit ihrem Petschaft feierlichst bestätigt hatten, ging eine Deputation, den Grafen Johann Nemes an der Spitze, um ihn Sr. Excellenz dem königl. Commissär einzuhändigen, damit er Sr. geheiligten Majestät unterbreitet werde; welche Deputation auch bald hierauf zurückkehrte und den Bericht erstattete, daß dem Verlangen ohne Aufschub willfahret werden würde. Hierauf wurde der in Betreff der zugewandten Theile verfaßte Bericht bestätigt und beschloffen, ihn dem königl. Landes-Gubernium zu übersenden.

Walachei.

†† Bukarest, 18. März. In aller Eile benachrichtige ich Sie, daß gestern gegen Abend der Ephor der Schulen und Redacteur des Courier valaque, als Stifter einer Verschwörung arretirt wurde. Dr. Tavernier, derselbe Tavernier, der sich vor einigen Jahren im Angesichte von ganz Europa — durch seine farnhaften Reiseskizzen u. s. w. mit so viel eclatantem Erfolg — auszeichnete, hat sie entdeckt. Er kommt gestern zu seinem, dem französischen Generalconsul Billecocq und zeigt ihm an, wie ihn E.... auch in diese Verschwörung verwickeln gewollt, und gibt ihm alle Details, deren er habhaft geworden. Billecocq rath ihm, Alles das dem Fürsten mitzutheilen — sie begeben sich beide dahin — und einige Stunden später waren sämmtliche Papiere E....'s versiegelt, und seine Person unter sicherem Gewahrsam.

So viel weiß man bisher; — sobald ich mehr erfahre — soll's Ihnen berichtet werden.

Deutschland.

Batern. In bairischen Blättern lesen wir aus München vom 6. März Folgendes: »Heute Vormittags legte der Bischof von Regensburg, Hr. Val. Riedel, nach Art. 15. des Concordats, in die Hände Se. kön. Maj. den Eid der Treue ab. Wir haben aus vorläufiger Quelle von der Erwidernung Kenntniß erhalten, womit der König diesen Eid des Herrn Bischofs entgegennahm. »Sie haben (Sprach der König) »drei würdige, ausgezeichnete Vorgänger. Daß Sie vorzüglich Caiser nachahmen, wünsche Ich. Er war wahrhaft apostolischen Geistes. Was Ich für's Beste unserer heiligen Kirche gethan, Meine in's 17.

Jahr gehende Regierung zeigt es. Gegen Fanatismus bin Ich; er bewirkt das Gegentheil dessen, was er bezieht. Fromm sollen Meine Baiern sein, aber keine Kopfhänger. Ich wiederhole es: Sailer sei Ihnen Vorbild; obgleich er jetzt in den Staub gezogen wird, war dennoch der wahre, christliche Sinn in ihm und wirkte das Gute. Dies ist, wenn auch nicht von Buchstabe zu Buchstabe, so doch — wir können es verbürgen — im Wesentlichen der Wortlaut und Sinn der königlichen Rede. Es sind Worte von hoher Bedeutung, welche der Deffentlichkeit vorzuhalten wir nicht verschulden mochten. — Am 8. März hat die feierliche Anwerbung Sr. k. Hoheit des Erbgroßherzogs von Modena durch den Grafen Forni um die Hand der k. Prinzessin Adelgunde von Baiern stattgefunden. —

Preußen. Aus Berlin vom 2. März. Die preußischen Gardehusaren sollen bei der beabsichtigten allgemeinen Reform in Waffen und Bekleidung der Armee ungarische Hosen und rothe Pelze erhalten. — Die Kölner Zeitung bringt die Nachricht, daß der hochwürdige Bischof und apostolische Coadjutor der Erzdiocese Köln, Hr. Johannes von Geißel am 4. März die Verwaltung der Erzdiocese, nachdem er den Eid der Treue in die Hände Sr. Maj. des Königs niedergelegt, übernommen habe. Sein an demselben Tag an die Geistlichkeit und die Gläubigen der Erzdiocese Köln erlassener Hirtenbrief ist ganz so gehalten, um die seit 4 Jahren aufgeregten Gemüther zu beruhigen und die Eintracht zwischen den verschiedenen Religionsparteien wieder herzustellen.

Meklenburg-Schwerin. Am 7. März Morgens 5½ Uhr ist Sr. k. Hoheit der Großherzog Paul Friedrich mit Tode abgegangen. Der Verewigte ward am 15. Sept. 1800 geboren und trat den 1. Febr. 1837 die Regierung an, führte also erst seit 5 Jahren die Regierung. Ihm folgt Friedrich Franz II., geb. den 28. Febr. 1823.

Spanien.

Der königliche Gerichtshof von Corunna hat jetzt in zweiter Instanz sein Urtheil über die, einer unehrerbietigen Adresse an den Regenten wegen, angeklagten Mitglieder des Domcapitels von Lugo gesprochen. Die sämtlichen acht Domherrn sind jeder zu einem Monat Haft und in alle Kosten zu gleichen Theilen und mit solidarischer Haftung verurtheilt, außerdem soll ihnen der Richter erster Instanz, dessen weit strengeres Urtheil gemildert wurde, einen Verweis für ihr ungebührliches Benehmen und Warnung für die Zukunft mit Androhung schärferer Strafe im Wiederholungsfalle zukommen lassen. — Wie die Allgemeine Zeitung aus Paris vom 7. März schreibt, hat der Regent ein Decret wegen Beschleunigung des Verkaufes der Güter der Geistlichkeit erlassen. Die betreffenden

Beamten sind beauftragt, unverzüglich Classificationslisten mit umständlicher Angabe alles in Städten oder auf dem Lande gelegenen Eigenthums des Klerus, das jetzt zum Nationalgute geworden, anzufertigen, welche die Regierung dann veröffentlichen wird, um die Kauflustigen von dem Stande derselben vollständig zu unterrichten. Alle beteiligten Beamten sind für jeden Verzug verantwortlich erklärt. — Aus Madrid wird vom 23. Febr. geschrieben: Täglich kommen Berichte über die Carlistische Christlichen Umtriebe ein. Aus dem Navarresischen Gebiete wird geschrieben, daß die Sendlinge dieser Partei bald die Wiederherstellung der Fueros versprechen, bald mit dem Anathema des Papstes drohen, indem sie behaupten, die Regierung wolle die katholische Kirche ganz abschaffen. Besonders suchen sie die Truppen zu verführen.

Großbritannien.

London, 5. März. Eine Hiobpost nach der andern läuft über das Mißgeschick, welches die englischen Truppen in Afghanistan betreffen, hier ein. Das Gerücht geht herum, daß sie Kabul mit Sturm genommen hätten, aber außer dem Befehlshaber, Generalmajor Elphinstone, viele Offiziere und Gemeine geblieben sein sollen. Verweisung soll die 5000 halbverhungerten Engländer zu diesem heldenmüthigen Unternehmen angespornt haben. — Wie man sagt, beabsichtigt die englische Regierung 20,000 Mann Infanterie, und Mannschaft zu drei Regimenten Kavallerie ausheben zu lassen, und in kürzester Frist nach Ostindien abzuschicken. — Gestern legte im Hause der Gemeinen der Admiralssekretär das Marinebudget für das laufende Jahr vor, was eine interessante Diskussion veranlaßte. Nach der ministeriellen Ankündigung steht eine kleine Reduction der in activem Dienst befindlichen Kriegsschiffe mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dagegen wird man Sorge tragen, daß alle in Commission bleibenden Schiffe ihre Equipagen an Waffen und Mannschaft im vollkommensten Zustande haben. Daher wird auch die bisherige Zahl von Seeleuten beibehalten werden. Hr. Herbert schloß mit dem Antrag auf Botirung von 43,000 Seeleuten, mit Einschluß von 200 Schiffsjungen und 10,500 Marinesoldaten. Sir Ch. Napier stimmte der Ansicht bei, daß eine wohlbemannte kleinere Anzahl von Schiffen wirksamer sei als eine große Anzahl unvollständig bemannter. Dann nahm der tapfere Commodore Anlaß das in der britischen Marine bestehende Beförderungssystem zu tadeln, welches nur alte und abgelebte Offiziere zum Admiralsrang gelangen lasse, wie es denn jetzt nur wenige Admirale unter 70 Jahren gebe. Das sei ein Uebelstand, der die schlimmsten Folgen haben müsse. Als ein Siebenziger würde Nelson schwerlich die Schlachten bei Abukir und Trafalgar gewonnen haben; das sei ihm nur möglich gewesen, weil er schon

in den Dreißigen Admiral geworden; als er im Siegesdonner bei Trafalgar fiel, war er erst 47 Jahre alt. Die Admiralität, schloß Sir Charles, möge diesen wichtigen Punkt wohl ins Auge fassen. Einige andere Seeoffiziere schlossen sich diesen Bemerkungen an. — Das Verbrennen Sir R. Peels in effigie macht die Kunde durch das Land. Am 28. Febr. geschah es in Preston unter allerlei Geschrei: «Schießt ihn nieder! schlagt ihm den Kopf ab, er hat uns lange genug Hunger leiden lassen!» Ebenso in Kilsyth, Ardrie, Wallacetown und Newton in Ayr (Schottland). An einigen Orten wurde das Bildniß des Herzogs von Wellington mit verbrannt. — Die Frauen-Adresse an die Königin um Aufhebung der Korn-gesetze zählt bereits 210,000 Unterschriften.

Frankreich.

Die Allg. Zeitung schreibt aus Paris: »Unsere diplomatischen Verhältnisse zu Spanien nehmen eine so drohende Wendung, daß ein offener Bruch zwischen beiden Regierungen unvermeidlich scheint. Hr. Guizot hat vor wenigen Tagen der hiesigen spanischen Legation eine sehr energische Note zustellen lassen, worin er sich über die wiederholten Straßenanfälle, denen die französischen Kouriere in Spanien ausgesetzt bleiben, aufs Bitterste beschwert. Die spanische Legation ihrerseits beklagt sich, mit Recht oder mit Unrecht wollen wir nicht entscheiden, daß die französische Regierung die Umtriebe der in Frankreich weilenden Christinos gegen die Regierung Espartero's nicht nur dulde, sondern begünstige. Das Kabinett der Tuilerien antwortete darauf, es wären dies bloße Verleumdungen, welche die anti-französische Partei in Spanien, an deren Spitze General Linage und Senator Marliani stehen, böshafterweise austreuen lasse, während es ein positives Faktum bleibt, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Madrid, so oft der diesseitige Geschäftsträger nach hergebrachter Gewohnheit eine Eskorte für seinen Kourier begehrte, sie ihm immer unter einem oder dem andern Vorwand abschlug. So oft dagegen Hr. Aston ein ähnliches Begehren stellte, wurde ihm sogleich willfahrt. Man könnte so mehrere Seiten mit den Vorwürfen anfüllen, die früher oder später einen ernsthafteren Charakter um so mehr annehmen müssen, als leider gegenwärtig die französische Legation in Madrid einem unerfahrenen jungen Mann von kaum 26 Jahren, nämlich dem Sohn des Hrn. Decazes, anvertraut ist.« — Dem »Morning Herald« zufolge war das Gerücht in Umlauf, die französische Regierung habe eine neue Verschwörung gegen das Leben Louis Philipps und der Mitglieder der königlichen Familie entdeckt; demzufolge seien außerordentliche Maßregeln in den Tuilerien getroffen worden. — Der Polizeipräfekt von Paris hat eine auf den 7. März ausgeschriebene öffentliche Versammlung der Abolitionisten (Beförderer

der Abschaffung der Sklaverei in den Colonien) unter sagt. — Die Garnison von Paris besteht jetzt, einschließlich der 23,000 Municipalgardisten, aus 47,000 Mann in 23 Regimentern, nämlich 14 von der Linie, sechs Regimente leichter Infanterie, zwei Regimente Reiterei und ein Regiment Artillerie. — Die Journale unterhalten fortwährend einen ziemlich heftigen Federstreit über die spanischen Angelegenheiten und die in Frankreich in dieser Beziehung vorgehenden Dinge, welche kaum weggeläugnet werden können. — Im Hotel de Courcelles geht es sehr lebhaft zu, und die Königin Christine fährt häufig in die Tuilerien. — Es sollen diesmal 25 Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden. Jedenfalls geht etwas vor; weder die Debats noch die Presse vermögen die Sache wegzuläugnen. Uebrigens hängt das Gelingen einer Schilderhebung dieser Art nur von dem Willen Englands ab; so lange dieses Espartero in Schutz nimmt, ist keine Gefahr für ihn da. — Der Vertrag über das Untersuchungsrecht, dem Frankreich noch nicht beigetreten ist, nimmt den Anschein, ein Störenfried zu werden. Lord Cowley, britischer Gesandter am Hofe der Tuilerien, hat gegen das französische Cabinet eine so laute Sprache geführt, wodurch der König und das Cabinet so gekränkt sich fühlte, daß Hr. Guizot am 5. März eine Art Ultimatum an die Repräsentanten von Großbritannien, Oesterreich, Preußen und Rußland erlassen habe, worin die Gründe entwickelt seien, warum auf die Ratifikation nimmermehr eingegangen werden könne. Was mich an die Richtigkeit dieser Angabe einigermaßen glauben läßt, ist der Ton des Journals la Presse, welches seit einigen Tagen hin und her lavirte und nun plötzlich Hrn. Guizot rathet, mit den vereinigten Staaten über die Freiheit der Meere zu vertragen.

Rußland.

Nach Briefen aus Petersburg erwartet man dort, bei der im Sommer stattfindenden Feier der kaiserlichen silbernen Hochzeit, eine umfassende Amnestie, die ohne alle Ausnahme allen Verbannten die Rückkehr in das Vaterland und die fernere unbeschränkte Benützung ihres Grundeigenthums gestatten wird. So viel steht fest, daß eine ähnliche hochherzige Idee schon längst in dem Willen der Regierung gelegen haben muß, da alle confiscirten Güter von einer eigenen Kommission verwaltet werden und von denselben zu Dotationen auch nicht das Allgeringste bis jetzt verwendet worden ist. Kommt zu einem solchen Akt der Großmuth, der gewiß in ganz Europa mit Beifall aufgenommen werden wird, noch eine rasche und wohlgeordnete Rechtsverwaltung, so wie ein freierer Handelsverkehr hinzu, so kann Rußland gewiß mit Ruhe und ohne irgend eine Gefahr der Entwicklung Deutschlands und des ganzen Westens zusehen.